

Ein Land voller unbegrenzter Gegensätze

Aufschwung und politische Blockaden

| **NINA LEMMENS** | Nach wie vor streben mit Abstand die meisten Studierenden aus aller Welt in die USA, die Innovationskraft der amerikanischen Forscher und der Industrie ist stark. Über Haben und Soll in der amerikanischen Politik und wichtige Themen, die die Hochschulwelt im vergangenen Jahr bewegten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika zeigten sich im Jahr 2014 einmal mehr als ein Land voller Gegensätze. Auf der Habenseite spürte man, dass sich die Wirtschaft erholt: das Bruttoinlandprodukt steigt wieder signifikant, die Arbeitslosenquote liegt unter sechs Prozent und die Arbeitnehmer haben etwas mehr Geld in der Tasche. Maßgeblich für den Aufschwung ist die Öl- und Gasproduktion, die durch die in Europa sehr kritisch gesehene Fördermethode des Fracking enorme Energieressourcen erschließt. Und auch sonst gab es allenthalben Positives zu vermelden: Die hart umkämpfte Gesundheitsreform mit dem Spitznamen „Obamacare“ wurde eingeführt und ermöglichte weitaus größeren und ärmeren Bevölkerungskreisen als bisher den Zugang zu einer erschwinglichen Krankenversicherung. Die vorsichtige Öffnung in Richtung Kuba überwand eine längst veraltete Feindschaft mit einem direkten Nachbarn – ein wichtiges Zeichen für politische Flexibilität. Und die Innovationskraft der amerikanischen Forscher, aber auch der Industrie, ist ungebrochen. Beispiel: Tabletcomputer. Noch vor wenigen Jahren wäre es nicht vorstellbar gewesen, dass heute an amerikanischen Universitäten fast die Hälfte aller Stu-

dierenden die mobilen Geräte zur akademischen Arbeit benutzt.

Auf der Sollseite verdeutlichten schwere Rassenunruhen im ganzen Land, dass die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft noch längst nicht überwunden ist. Ausgelöst wurden sie durch die ausgebliebene Anklage des weißen Polizisten, der im August in Ferguson (Missouri) einen schwarzen Teenager erschossen hatte. Auch abgesehen von der ethnischen Zugehörigkeit tun sich zwischen einer kleinen,

»Fast die Hälfte aller Studierenden benutzt Tabletcomputer zur akademischen Arbeit.«

immer reicher werdenden Elite und der um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfenden Mittelklasse zunehmend tiefere Gräben auf. Und dann ist da die demografische Entwicklung: Bereits im Jahr 2050 werden die bisherigen nichtweißen Minderheiten die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Doch ungeachtet dieser längst prognostizierten Entwicklung stoßen alle Bemühungen der Obama-Regierung, den Status von Millionen illegaler Immigranten zu legalisieren, bei den Republikanern auf wenig Entgegenkommen. Dies wird sich

angesichts der nach den Midterm-Wahlen entstandenen Machtverhältnisse des 114. Kongresses wohl auch in naher Zukunft nicht ändern. Seit Januar 2015 ist der Kongress – also die Zusammenfassung des Repräsentantenhauses und des Senats – republikanisch dominiert und besteht zu 80 Prozent aus Männern, zu 80 Prozent aus Weißen und zu 92 Prozent aus bekennenden Christen.

Angesichts dieser neuen Mehrheit im Parlament und dem Patt mit dem Präsidenten wird wohl auch kaum eine Steigerung der zuvor arg beschnittenen Budgets für Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu erwarten sein. Die eigentlich schon im Jahr 2013 fällige Überarbeitung des Higher Education Act (HEA) kam 2014 nicht zustande.

Zwar gibt es vonseiten beider politischer Parteien einige Gesetzesinitiativen, die dringend notwendige Neuregelungen wie beispielsweise die Kosten der Hochschulbildung, transparente Informationen über Gebühren, Umgang mit Studienschulden und staatliche Unterstützung für bedürftige Studenten behandeln. Diskussionen über diese Vorschläge werden aber vermutlich endlos andauern.

Hochschulen in der Pflicht

Immerhin legte das Department of Education Ende des Jahres die heiß debattierte „Gainful Employment Rule“ vor. Diese Regelung soll dafür sorgen, dass Hochschulabsolventen mit ihrem Abschluss nicht nur ihren Lebensunterhalt verdienen, sondern auch ihre Studienschulden abtragen können. Anhand des Verhältnisses von Einkommenshöhe und Schuldenlast der Absolventen werden die Bildungsinstitutionen kategorisiert. Interessant ist, dass hier die „Be-

AUTORIN

Dr. **Nina Lemmens** leitet die Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in New York seit 2014.



weislast“ umgekehrt wird: Die Hochschulen müssen belegen, dass ihre Absolventen wirtschaftlich überlebensfähig sind. Gelingt ihnen dies nicht, werden die fraglichen Einrichtungen aus dem Kreis derer ausgeschlossen, für die ein Studierender öffentliche Studienkredite beantragen kann. Die Gainful Employment Rule ist besonders bei for-profit colleges umstritten.

Die amerikanische Hochschulwelt diskutierte im vergangenen Jahr auch über andere Themen: Zahlreiche Berichte über sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen zwangen viele Universitäten, sich mit diesen bis dato tabuisierten Gewalttaten öffentlich auseinanderzusetzen. Ein anderes Thema war der Umgang der Hochschulen mit ihren Athleten. Während eigentlich immer die akademischen Leistungen der Studierenden im Vordergrund stehen sollten, wurden mehrere renommierte Colleges durch anonyme Berichte, Geständnisse und Reportagen über gefälschte akademische Leistungen oder „Geisterkurse“ für Universitäts-Sportler erschüttert. College-Sport ist in den USA ein milliardenschweres Business, für das bei anstehenden Prüfungen von Basketballstars

und Footballhelden gerne mal ein Auge zuge drückt wird. Bei diesem Geschäft streichen vor allem die Colleges satte Gewinne ein – schon alleine durch zahlreiche Spenden begeisterter Alumni. Die Spieler gehen vergleichsweise leer aus. Ein Beispiel: Der Quarterback des Teams der Texas A&M University, Johnny „Football“ Manziel, führte seine Mannschaften von Erfolg zu Erfolg, so dass das Spendenaufkommen innerhalb eines Jahres von 300 auf 740 Millionen Dollar stieg. Er selbst erhielt während seiner dreijährigen Universitätslaufbahn jedoch nur 120.000 Dollar an Stipendien. Auch hier änderte sich 2014 die Lage: Aufgrund einer Entscheidung

»Die Hochschulen müssen belegen, dass ihre Absolventen wirtschaftlich überlebensfähig sind.«

des National Labor Relations Boards gelten studentische Footballspieler der Northwestern University nun als Angestellte der Universität, dürfen sich daher gewerkschaftlich organisieren und mit der Hochschule ihre Arbeitsbedingungen und das Gehalt aushandeln. Angesichts der Tatsache, dass viele Football-

spieler bei dem immer aggressiveren Spiel teils schwerste Kopfverletzungen davontragen, scheint dies nur umso gerechtfertigter. Tragischer Höhepunkt dieser Entwicklung: Ein junger, aufstrebender Spieler an der Ohio State University nahm sich im November das Leben, weil er, so schrieb er in seinem Abschiedsbrief, die Folgen der ständigen Gehirnerschütterungen nicht mehr ertragen konnte.

Keine Einbahnstraße: Internationalisierung

Dessen ungeachtet streben mit Abstand die meisten Studierenden aus aller Welt in die USA, überzeugen doch die dortigen Hochschulen durch Qualität in der Lehre, Spitzenleistung in der Forschung und innovative Konzepte. Interessant sind beispielsweise Modelle kompetenzbasierten Lernens, die an verschiedenen Hochschulen mit Erfolg erprobt werden. Gerade für berufstätige Studierende ist diese Lernform eine Alternative zum klassischen Hochschulbesuch. Im Idealfall durch mobile Endgeräte gestützt, geht es darum, den Fortschritt des Lernenden bei der Bewältigung des Stoffes zu überprüfen,

Ausgewählte Zahlen zu Wissenschaft, Forschung und Hochschulen in den USA

Die höchsten **Studienkosten** (Gebühren und Lebenshaltung) für ein Undergraduate College sind mit 57 000 Euro (65 000 US-Dollar) pro Jahr am Sarah Lawrence College nördlich von New York City zu entrichten.

Gehälter: Durchschnittliches Jahresgehalt eines **Sporttrainers** an einer der großen Forschungshochschulen: Eishockey – 209 000 Euro (236 000 US-Dollar); American Football – 279 000 Euro (316 000 US-Dollar).

Durchschnittliches Gehalt eines **festangestellten akademischen Hochschulangehörigen:** rund 76 200 Euro (86 300 US-Dollar).

Höchste Gehälter der **Präsidenten** an Public Colleges: E. Gordon Gee, Ohio State University verdiente über 5,2 Mio. Euro (6 Mio. US-Dollar) – was allerdings nicht repräsentativ ist. Aber auch der Präsident der Texas A&M University, R. Bowen Loftin, lag mit 1,4 Mio. Euro (1.6 Mio. US-Dollar) deutlich über der magischen Millionengrenze. An Private Colleges liegen die Einkommensspannen durchaus höher: Spitzenreiter ist Shirley Ann Jackson, Rensselaer Polytechnic Institute, mit mehr als 6 Mio. Euro (7 Mio. US-Dollar). Die Gehälter setzen sich in der Regel aus vergleichsweise moderaten Basisgehältern und beträchtlichen Zulagen zusammen.

Stellenwachstum an amerikanischen Hochschulen in den letzten 35 Jahren: Tenure-Stellen 23 Prozent, Tenure-Track-Stellen: 19 Prozent, Nonfaculty Professional Positions 369 Prozent.

40 Bundesstaaten erhöhten ihre **Investitionen in das Hochschulwesen** gegenüber 2013 um insgesamt 5,7 Prozent. Gleichwohl: Aufgrund der deutlichen Einbußen 2012 und 2013 liegt das Budget noch um 4 Prozent unter dem vor Beginn der Rezession 2007. Diverse Hochschulen starteten Multi-Milliarden-Dollar-Aktionen in Sachen **Fundraising**. Dabei legte die University of California in Los Angeles die Latte am höchsten: Sie will bis 2019 insgesamt 3,7 Mrd. Euro (4,2 Mrd. US-Dollar) sammeln – die größte Kampagne dieser Art einer öffentlichen Universität bis dato.

Kanadas Internationalisierungsstrategie

Im Januar 2014 verkündete Minister Ed Fast die neue Internationalisierungsstrategie für die Hochschulen Kanadas. Interessant ist dabei die Tatsache, dass Fast nicht für das Bildungsressort zuständig zeichnet, sondern als Minister für den Internationalen Handel. Diese Herkunft ist ein deutlicher Hinweis auf die Stoßrichtung des Papiers: Im Vordergrund stehen die wirtschaftliche Lage Kanadas, der Fachkräftemangel und der demografische Wandel. Deshalb geht es bei der Strategie vor allem um die für Kanada überlebenswichtige Anwerbung und Zuwanderung möglichst gut qualifizierter Einwanderer. Dies soll über verstärkte akademische Partnerschaften und Kollaborationen geschehen, vor allem aber durch mehr internationale Studierende. Bis 2022 soll die Zahl der Gäste aus dem Ausland auf 450 000 steigen – ausgehend von circa 240 000 in 2011. In diese Zahl sind die Studierenden an eher berufsorientierten Colleges und an Sprachschulen eingerechnet. Im Erfolgsfall wird diese Zuwanderung nicht nur langfristig, sondern unmittelbar positive Auswirkungen auf die kanadische Wirtschaft haben: Die Regierung verspricht durch den akademischen Zuzug die Schaffung von 86.500 neuen Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen von 645 Mio. Euro (910 Mio. CAN-Dollar) bis 2022. Dabei wird aber die Frage ausgeblendet, wie die einzelnen Hochschulen sich auf diesen erhofften Ansturm vorbereiten sollen und wie die internationalen Studierenden über das riesige Land verteilt werden sollen. Die mit Abstand größten akademischen Ballungsgebiete sind Toronto, Montreal und Vancouver. Diese Städte sind wegen ihrer hervorragenden Universitäten international sehr nachgefragt, werden jedoch alleine den Zuwachs an Ausländern nicht verdauen können.

Was die Auslandsmobilität der jungen Kanadier angeht, ist das Strategiepapier weitaus weniger ergiebig. Dabei wäre es im internationalen Vergleich durchaus angemessen, eine Steigerung anzustreben. Nur rund 3 Prozent der kanadischen Studierenden absolvieren bislang einen Auslandsaufenthalt – das ist ein Zehntel der Vergleichszahl in Deutschland.

unabhängig von Zeit und Ort. Im Bereich der Internationalisierung der amerikanischen Hochschulen sind verschiedene Entwicklungen bemerkenswert, wie die jährliche Studie „Open Doors“ des Institute of International Education (IIE) eindrucksvoll belegt. Genau 886.052 Studierende aus aller Welt waren im Hochschuljahr 2013/2014 zwischen Ost- und Westküste eingeschrieben – eine Steigerung um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allerdings machen diese vielen jungen Menschen mit internationalem Hintergrund nur rund

vier Prozent der amerikanischen Studierendenschaft aus. Die Gründe liegen in einem gegenüber dem deutschen System ganz anders gelagerten Verständnis von Higher Education: An vielen amerikanischen Colleges wird eine eher praxisorientierte Ausbildung vermittelt, so dass diese Einrichtungen für die klassischen mobilen Studierenden aus dem Ausland nicht attraktiv sind. 50 Prozent aller jungen Ausländer stammen aus drei Ländern: China (31 Prozent), Indien (12 Prozent) und Südkorea (8 Prozent). Die größten Steigerungsraten ver-

buchten jedoch Studierende aus der arabischen Welt für sich: 42,5 Prozent mehr Kuwaitis, 21 Prozent mehr Saudis und 16,6 Prozent mehr Iraner zog es an amerikanische Hochschulen. Insgesamt, so berechnete das IIE, tragen die ausländischen Studierenden im Jahr mehr als 24 Mrd. Euro (ca. 27 Mrd. US-Dollar) zur Wirtschaftsleistung bei. Daher wird auch genau untersucht, warum viele der internationalen „Kunden“ nicht an ihren Gasthochschulen verbleiben. Eine entsprechende Studie der NAFSA brachte ein für die amerikanische Fachöffentlichkeit scheinbar überraschendes Ergebnis hervor: Während das universitäre Verwaltungspersonal die Gründe für den Weggang in verschiedenen Faktoren wie Schwierigkeiten bei der Finanzierung, mit den Lehrenden und der englischen Sprache sah, nannten die befragten Studierenden vor allem einen Grund: Geld. Und zwar in Form von Studienkosten, Verfügbarkeit von Stipendien und Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten.

Ein anderes Bild zeigt sich, wenn man die internationale Mobilität der amerikanischen Studierenden betrachtet. Vor allem im Rahmen kurzfristiger Aufenthalte machten sich rund 9 Prozent aller Studierenden im vergangenen Jahr auf den Weg in ein anderes Land, eine Steigerung um 2 Prozent und damit der historische Höchststand. Die bevorzugten Gastregionen liegen allesamt in Europa, angeführt von Großbritannien (13 Prozent), Italien (10 Prozent) und Spanien (9 Prozent). Nach Deutschland streben immerhin 3 Prozent der jungen US-Studierenden, die einen Auslandsaufenthalt wagen. Die gestiegene Mobilität ist dem IIE jedoch nicht genug: Anfang des Jahres startete das Institut die breit angelegte Kampagne „Generation Study Abroad“. Bis 2019 soll sich so der Anteil der mobilen Studierenden auf 20 Prozent oder rund 600 000 Personen erhöhen. Der DAAD hat als einer der ersten internationalen Partner seine Unterstützung für die Aktion zugesichert.

International seit 90 Jahren

In den vergangenen 90 Jahren haben rund 1 175 000 deutsche Studierende und Wissenschaftler mit einem Stipendium des DAAD Erfahrungen im Ausland gemacht. Im gleichen Zeitraum hat die Förderorganisation rund 860.000 Ausländer zu einem Studienaufenthalt nach Deutschland eingeladen. Das geht aus Zahlen hervor, die der DAAD anlässlich seines 90-jährigen Bestehens in diesem Jahr veröffentlicht hat. Mittlerweile beträgt das jährliche Budget der Organisation, die ihre Mittel vor allem vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, sowie der EU erhält, mehr als 440 Millionen Euro.

Eine ausführliche Fassung des Beitrages ist zu finden in: DAAD 2014 – Berichte der Außenstellen.